

NACHHALTIGER FRIEDEN /

Verwundbarkeit und Resilienz im Zeichen multipler Krisen /

Die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit fragiler Gesellschaften ist in Zeiten von Klimawandel und Krieg eine globale Herausforderung. Gleichzeitig steht der hierfür zentrale Begriff der Resilienz in Gefahr, zu einem Modewort zu werden und allein die akute Krisenreaktion in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere kann der Ansatz instrumentalisiert werden, um internationale Hilfsgelder zu erhalten, ohne eine Reform und Transformation der politischen Strukturen anzugehen.

2.1 ✓ Trends und Facetten menschlicher Sicherheit

Die Weltpolitik scheint zunehmend in den Krisenmodus gewechselt zu sein. Zwar ist der Höhepunkt der Covid-19-Pandemie offenbar überschritten, doch bestimmen Extremereignisse wie das Erdbeben in der Türkei und Syrien vom Februar 2023 die Schlagzeilen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat drastische Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit – und ist nur ein Beispiel für zahlreiche bewaffnete Konflikte weltweit → 1. Diese Ereignisse haben die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit (Resilienz) von Gesellschaften gegen Krisen in den Blick gerückt. Resilienz ist etwa gegeben, wenn bei einer Flut, bei einer Dürre oder einer Weltfinanzkrise die Bevölkerung katastrophale Folgen wie Tod, Armut und Unterernährung abwehren kann sowie Infrastrukturen schnell wieder aufgebaut werden. Die Krisenfestigkeit von Gesellschaften ist in Gefahr, wenn die staatliche Steuerungsfähigkeit nur schwach ausgebildet ist – aber auch, wenn ein repressiver, „starker“ Staat Ressourcen nicht an die Bevölkerung weiterleitet, sondern für die Herrschafts- und Überlebensinteressen der politischen Elite instrumentalisiert.

Gesellschaften
in schwachen Staaten
haben geringe
Resilienz in Krisen

Unser Argument in diesem Kapitel lautet: Wenn gesellschaftliche Resilienz in starkem Widerspruch zu Partikularinteressen staatlicher Eliten steht, sollten politische Bedingungen in internationalen Entwicklungshilfeprogrammen eingeführt werden, welche als ultima ratio einen Ausstieg aus der direkten Zusammenarbeit mit dem Staat beinhalten. Wo möglich, sollte stattdessen direkt mit gesellschaftlichen Gruppen kooperiert werden.

Internationale Hilfe steht in diesen Situationen vor einer Gratwanderung: Sie muss Rechenschaftspflicht von nationalen und lokalen Akteur:innen einfordern, ohne diese zu bevormunden. Und sie muss selbst transparent, berechenbar und nachprüfbar sein. Letzteres gelingt nur, wenn das oftmals fragmentierte internationale Handeln besser aufeinander abgestimmt wird. Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensbildung müssen stärker ineinandergreifen, ohne dass es zu einer Vereinnahmung ziviler Maßnahmen durch militärische Strategien kommt – wie es mitunter der Fall ist.

Resilienz hat letztlich den Zweck, menschliche Sicherheit zu garantieren, also die Freiheit von Mangel bei der Grundbedürfnisbefriedigung und die Freiheit von Furcht um das eigene Leben. Eine erste Annäherung, wie sich menschliche Sicherheit verändert hat, gibt der Global Peace Index (GPI). Mit seinen 23 Indikatoren verschafft er einen Überblick über die Lage bei Gewaltkonflikten, über soziale Sicherheit und Militarisierung.

Im Vergleich zum Jahr 2021 lässt sich global eine leichte Verschlechterung der menschlichen Sicherheit um 0,3 % feststellen. Diese geringfügige Veränderung ist Teil eines seit einem Jahrzehnt anhaltenden negativen Trends im globalen Standardwert des GPIs (→ IEP 2022: 4). Ein Grund hierfür ist, dass eine nachhaltige Verbesserung der menschlichen Sicherheit in Konflikt- und Post-Konflikt-Ländern nur schwer möglich ist. Die Schere zwischen den global friedlichsten und den am wenigsten friedlichen Staaten geht daher immer weiter auf → **11** /68.

Positiv ist hervorzuheben, dass sich im Jahr 2022 der Standardwert von mehr Ländern verbessert als verschlechtert hat. Entscheidenden Einfluss hierauf hatte der Rückgang des Terrorismus weltweit. Gleichzeitig kam es jedoch zu einer Renaissance von Staatsstreichen auf dem afrikanischen Kontinent. So griff das Militär in Burkina Faso, in Guinea, im Sudan, im Tschad und in Mali nach der Macht.

11 Entwicklung der Menschlichen Sicherheit

Quelle → **2** /83

Friedlichste Länder

Rang	Land	Positionsveränderung
1	Island	gleich
2	Neuseeland	gleich
3	Irland	+ 3
4	Dänemark	– 1
5	Österreich	+ 2

Unfriedlichste Länder

Rang	Land	Positionsveränderung
163	Afghanistan	gleich
162	Jemen	gleich
161	Syrien	gleich
160	Russland	– 5
159	Südsudan	+ 1

GEWALTSAME DEMONSTRATIONEN NEHMEN ZU

Im Jahr 2022 setzte sich der bereits über Jahre zu beobachtende große Zuwachs an gewaltsamen Demonstrationen fort → 5 / 130–133. Sie gelten als gewaltsam, wenn staatliche Sicherheitskräfte, die Demonstrierenden oder beide Seiten physische Gewalt ausüben. Der Anstieg spiegelt wider, dass in vielen Staaten menschliche Sicherheit prekär und gesellschaftlicher Zusammenhalt als wichtige Voraussetzung von Resilienz gefährdet ist. Die Anzahl gewaltsamer Demonstrationen erhöhte sich seit Beginn der Aufzeichnung im Jahr 2008 um 50 %. So kam es in 126 von insgesamt 163 im GPI erfassten Staaten zu einem Anstieg, unter anderem in Kasachstan, Papua-Neuguinea und Ruanda. Der Anstieg fällt in eine Zeit, in der es ein Rekordhoch an Autokratien gibt, in denen mittlerweile 70 % aller Menschen leben. Diese Entwicklung ist besonders gefährlich für Frauen und marginalisierte Gruppen, so etwa Personen, die sich als LGBTQIA*¹ identifizieren (→ Boese et al. 2022).

Menschliche Sicherheit
ist in vielen Gesellschaften
weltweit prekär

2

69

Insgesamt haben politische Proteste, ob gewaltsam oder friedlich, weltweit zugenommen. Auch in Demokratien kam es zu zahlreichen Demonstrationen gegen die eigene Regierung. Neben Forderungen nach niedrigeren Preisen für Treibstoff gab es Demonstrationen gegen Nahrungsknappeheit und für bezahlbaren Wohnraum.

Einschneidende Konsequenzen hatten die Massenproteste gegen die Regierung in Sri Lanka im Frühjahr 2022. Auslöser waren Frust und Verzweiflung über die desolote wirtschaftliche Lage in der Bevölkerung. Die staatlichen Sicherheitskräfte gingen gewaltsam gegen die Proteste vor, konnten den Sturz der Regierung unter Präsident Gotabaya Rajapaksa jedoch nicht verhindern. In China reagierte die Staats- und Parteiführung auf große Anti-Regierungs-Proteste sowohl mit massenhaften Verhaftungen als auch mit einem Einlenken bei der umstrittenen Null-Covid-Politik → **12** / 69.

12 Proteste gegen die Null-Covid-Politik in China

Im Oktober 2022, wenige Tage vor dem Beginn des 20. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, sorgten Videos und Fotos von einer Brücke im Pekinger Haidian-Distrikt weltweit für Schlagzeilen. Auf ihnen waren Transparente zu sehen, die die Entmachtung „des Diktators und Verräters“ Xi Jinping forderten. Wenngleich die Haidian-Banner eine singuläre Aktion waren, standen sie für den zunehmenden Widerspruch gegen die strikte Null-Covid-Politik der Regierung. Als im November 2022 mehrere Menschen in Zwangsquarantäne bei einem Hausbrand in der Provinz Xinjiang ums Leben kamen, entfachte dies landesweite Proteste

gegen die drakonischen Maßnahmen der Isolation und Abriegelung. Gefordert wurden ein Ende der Testpflicht und der flächendeckenden Quarantänemaßnahmen ganzer Wohnsiedlungen und Stadtbezirke beim Auftreten einzelner Infektionsfälle. Das Symbol des Hochhaltens eines weißen Blatts Papier bei den Demonstrationen signalisierte die Unzufriedenheit mit der Informationspolitik und der Zensur durch den Staatsapparat. Bevor die Straßenproteste in eine Bewegung gegen das politische System umschlagen konnten, reagierte die chinesische Regierung mit einer umgehenden Aufhebung der Null-Covid-Maßnahmen.

Seit Ende 2022 ist nicht länger die Rede von einer Pandemie, sondern von einer Grippe – eine Sprachregelung, die diese Lockerung nicht als Einlenken, sondern als logisches Ende einer erfolgreichen Krisenpolitik ausweist. Zugleich soll es im Nachgang der Proteste zu massenweisen Verhaftungen gekommen sein. Die politische Führung der Volksrepublik China versucht mit diesem autokratischen Durchgreifen die fragile Stabilität des Ein-Partei-Staates wiederherzustellen. Den harten Kurs der Partei hat auch Hongkong zu spüren bekommen: Nach mehreren Wellen der immer weiter eskalierenden

Regenschirm-Proteste sorgt das 2020 eingeführte Nationale Sicherheitsgesetz für Friedhofsstille. Gegen die Protagonist:innen der Regenschirmbewegung wurden Haftstrafen verhängt; andere etablierte Formen der zivilgesellschaftlichen Meinungsäußerung, wie das in Hongkong zuvor alljährlich stattfindende öffentliche Gedenken an die Opfer der Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking (1989), sind nunmehr untersagt und werden von den lokalen Sicherheitskräften unterbunden.

Weltweit kam es zu einem 31 %igen Anstieg von Todesopfern durch exzessives Vorgehen gegen Protestierende im Vergleich zum Jahr 2021. Beispielhaft für ein gewalt-sames Vorgehen gegen weitgehend friedliche Demonstrationen war die Reaktion der sudanesischen Militärmachthaber auf die Protestaktivitäten der Zivilgesellschaft, die um die demokratischen Erfolge kämpfte. Auch im Iran waren ab September 2022 das brutale Vorgehen gegen Demonstrierende, willkürliche Verhaftungen, staatliche Exekution, Verschleppungen, Folter und Vergiftungen an der Tagesordnung → **13**/70.

13 Proteste gegen das theokratische Regime im Iran

In den letzten zwei Jahrzehnten kam es regelmäßig zu Protesten gegen das theokratische Regime im Iran, die die Revolutionsgarden stets innerhalb weniger Tage niederschlugen. In der Regel konzentrierten sich diese von Studierenden und der Mittelschicht getragenen Proteste auf die Hauptstadt Teheran. In den vergangenen drei Jahren hat sich die Unzufriedenheit mit dem Regime strukturell verändert: Spätestens seit Beginn der Covid-19-Pandemie reißen die Proteste nicht mehr ab und erfassen immer weitere Teile der Gesellschaft und des Landes. Ein zentraler Auslöser waren die Verhaftung und Misshandlung von Jina Mahsa Amini am 16. September 2022 in einer Polizeistation in Teheran, weil die junge Frau kein Kopftuch trug. Sie verstarb infolge der erlittenen Verletzungen, die ihr der staatliche Sicherheits- und Repressionsapparat zufügte. Seitdem kam es zu massiven Protesten im gesamten Land und in der Diaspora. Es sind vor allem Frauen, die die Proteste tragen und mit zivilem Ungehorsam (Ablegen des Kopftuchs) und Großdemonstrationen das Regime überwiegend friedvoll herausfordern. Dieses reagierte mit massiver

Gewalt und Repression. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Allianz aus Mullahs und Militärs, die über die letzten vier Jahrzehnte eine immer engere Verbindung eingegangen sind, sinkt; nach jüngsten Umfragen lehnen 80 % der Bevölkerung diese ab. Am ehesten ist es die untere Mittelschicht, in der die alten Machteliten noch über Rückhalt verfügen.

Die Europäische Union (EU) bezog Stellung in der Auseinandersetzung und verhängte mit deutscher Unterstützung Sanktionen gegen den Iran. Diese sind jedoch als moderat einzuschätzen. Dazu zählen Sperrungen von Bankkonten und Einreiseverbote für Regimevertreter:innen. Zugleich werden die Revolutionsgarden nicht als Terrororganisation eingestuft oder mit Sanktionen belegt. Die Zurückhaltung bei Sanktionen, um möglicherweise einen neuen Nukleardeal mit Teheran zu erzielen, steht in einem starken Spannungsverhältnis zur konsequenten Umsetzung einer feministischen oder wertebasierten Außenpolitik, die Menschenrechte an erste Stelle stellt.